



NEWSLETTER OKTOBER 2024

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

die schwarz-grüne Landesregierung hat im September ihren Haushalt für 2025 in den Landtag eingebracht. Der Schrecken war bei vielen Trägern von Einrichtungen und Projekten groß. Schwarz-Grün kürzt bei der Freien Wohlfahrt, bei Menschen mit Behinderung, bei Jugendlichen, bei der Aids-Hilfe und auch bei der inneren Sicherheit – zum Beispiel 600.000 Euro beim Verfassungsschutz. Das im Nachgang an den Anschlag in Solingen angekündigte „Sicherheitspaket“ von Ministerpräsident Hendrik Wüst ist nicht mehr als eine Mogelpackung, die nach bekannter Manier die Verantwortung auf den Bund abschiebt. Auch die Bildung bleibt dramatisch unterfinanziert. Schwarz-Grün ist eine Koalition für Sozialabbau und eine Belastung für Familien. Der Haushaltsentwurf ist ein Meisterwerk der sozialen Kälte.

Arbeitnehmer*innen sind auf eine funktionierende frühkindliche Bildung angewiesen, sonst hat das negative Auswirkungen auf alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche. Aber noch wichtiger ist die frühkindliche Bildung für die Kinder. Besonders die, deren Zugang zu den begehrten Kita-Plätzen erschwert ist. Dass die frühkindliche Bildung in einer „Kitastrophe“ steckt, haben wir in den letzten Wochen immer wieder aufgezeigt – im Landtag, aber auch bei uns in Dortmund, wo wir eine Reihe von Veranstaltungen und Infoständen durchgeführt haben.

Auch die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, zu der gemeinnützige Träger wie AWO, Caritas und Diakonie zählen, hat die existenzbedrohenden Haushaltskürzungen und die Unterfinanzierung sozialer Angebote zum Anlass genommen, um mehrere Mahnwachen vor dem Landtag durchzuführen. Bisher prallt die Kritik aber an CDU und Grünen



Anja Butschkau Mdl

Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde,
Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butchkau.de

Fon: 0231–58 56 18
Fax: 0231–58 56 28
anja@anja-butchkau.de

The banner features a green background with a white megaphone icon on the left. A black speech bubble contains the text "Kundgebung NRW bleib sozial!". To the right, the date "13. November 2024" is written in white. Below the date, the event details are listed in white text. At the bottom, contact information is provided in white text. A large black exclamation mark is positioned on the right side of the banner.

**Kundgebung
NRW bleib sozial!**

Infos & Anmeldung:
www.nrw-bleib-sozial.de

13. November 2024

10:30 Uhr
Protestmarsch vom
Hauptbahnhof Düsseldorf
zum Landtag

12:05 Uhr
Kundgebung vor dem
Landtag Düsseldorf

wie ein Flummi ab. Deshalb planen die Wohlfahrtsverbände am 13. November 2024 eine große Demonstration vor dem Landtag und fordern: „NRW bleib sozial!“ Bereits im letzten Jahr folgten 25.000 Menschen diesem Aufruf, als die Landesregierung schon einmal die Sparaxt am sozialen Bereich anlegte. In diesem Jahr sollen es ein paar Tausend Demonstrant*innen mehr werden.

Bewegt hat mich - aber auch den Landtag - der Jahrestag des schrecklichen Angriffs der Hamas auf die Menschen in Israel. Noch immer sind über 100 Geiseln in der Gewalt der Terrorist*innen. An ihr Schicksal haben wir in der letzten Plenardebatte erinnert und einen Antrag aller demokratischen Fraktionen beschlossen, der die Landesregierung beauftragt, Maßnahmen für mehr Austausch, Begegnung und Dialog umzusetzen, die Erinnerungsarbeit an den Holocaust auszubauen und Antisemitismus zu bekämpfen. In Dortmund kamen mehrere hundert Menschen aus der Stadtgesellschaft zu einer Mahnwache am Fuße des Reinoldikirchturms zusammen. Wir zeigen weiter Solidarität und fordern: Bring them home now! Was sonst noch war, darüber berichtet wieder der vorliegende Newsletter. Ich wünsche eine interessante Lektüre!



Ihre/Eure

Anja Busulan



Du möchtest immer und überall über meine Positionen und Aktivitäten auf dem Laufenden sein?
Dann abonniere doch meinen Whats-App-Kanal!



Der Haushalt des Schreckens

Die Versprechungen der Landesregierung sind groß. Der Haushalt 2025 sei ein Haushalt für Bildung, Aufstieg und Familien. Der Haushalt gäbe den Kitas Verlässlichkeit und Sicherheit. Was für ein Hohn! Nordrhein-Westfalen steckt in der größten Bildungskatastrophe seiner Geschichte: Träger in Finanznot, geschlossene Einrichtungen, verzweifelte Eltern und Erzieher*innen, die am Ende ihrer Kräfte sind. Allein im Juni mussten 2.300 Kitas ihr Angebot einschränken oder gleich ganz schließen. Es fehlt an ausreichend Kita-Plätzen und der Rechtsanspruch auf einen Platz in der offenen Ganztagschule wird scheitern, weil die Landesregierung ihn nicht finanzieren will.

Unterrichtsausfall und Lehrkräftemangel haben die Schulen im Griff – 5,7 Millionen Unterrichtsstunden wurden nicht gegeben, weil Lehrkräfte fehlen. Über 11.000 Schüler*innen verlassen inzwischen die Schule ohne Abschluss. Die Kommunen sind immer weniger in der Lage, den Sanierungsstau in den Schulen abzubauen oder Schwimmbäder am Leben zu halten. Zeitgleich steigen vielerorts die Steuern und Gebühren für Familien. Die Bekämpfung der Bildungskatastrophe bildet sich im Haushaltsentwurf nicht ab.

Nahezu schizophren wirkte der Ministerpräsident. Zwei Tage vor der Haushaltsdebatte im Landtag kündigte er im Nachgang zum Anschlag in Solingen ein umfassendes Sicherheitspaket an. Er sagte, er werde die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen verbessern. In Wahrheit wird bei der inneren Sicherheit gekürzt. Beim Verfassungsschutz wird genauso eingespart, wie bei wichtigen Präventionsprojekten gegen Radikalisierung und Jugendkriminalität. In der Justiz werden 770 Referendariatsplätze für zukünftige Richter*innen und Staatsanwält*innen gestrichen und der Opferschutz um die Hälfte gekürzt. Dramatisch fallen die Kürzungen aber gerade im sozialen Bereich aus. Bislang galt Karl-Josef

Laumann als das „soziale Gewissen“ der schwarz-grünen Landesregierung. Spätestens der Haushalt 2025 zeigt, dass er diesen Titel zu Unrecht trägt. Gerade die Kürzungen in seinem Ministerium zeigen: Schwarz-Grün ist eine Koalition für Sozialabbau!

Fast überall wird massiv gekürzt – bei Mittelreduzierungen von 40 bis 70 Prozent in den einzelnen Bereichen wäre das Wort „einsparen“ deutlich zu kurz gegriffen. Es trifft die Freie Wohlfahrt, die AIDS-Hilfe, die Prävention vor Gewalt, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, die Bekämpfung von Armut und Obdachlosigkeit und die soziale Beratung von Geflüchteten.

Viele Maßnahmen aus dem Bereich der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit oder auch das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ werden in den Europäischen Sozialfonds (ESF) verschoben. Auf den ersten Blick klingt das zwar erstmal gut. Die Wahrheit ist aber, dass man nicht weiß, ob die gleichen Mittel wie bisher für diese Projekte zur Verfügung stehen. Es droht zudem, dass andere Maßnahmen aus der ESF-Förderung verdrängt werden bzw. dass es keinen Spielraum für Neues mehr gibt. Nicht zuletzt bedeutet der ESF für die Träger einen höheren Bürokratieaufwand, da eine europäische Förderung weitaus aufwändiger zu beantragen, die Arbeit intensiver zu dokumentieren und die Mittelverwendung noch akribischer nachzuweisen ist.

Auch im Bereich der Gleichstellung wird die Landesregierung kürzen. Zwar ist nicht zu erwarten, dass Frauenhäuser und Beratungsstellen auf Gelder verzichten müssen. Der so wichtige Ausbau



der Frauenhilfeinfrastruktur rückt aber in weite Ferne, auslaufende Präventionsprojekte und einzelne Projekte im Bereich des Gewaltschutzes müssen damit rechnen, nicht weiter gefördert zu werden. Auch bei der Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen mit einer Behinderung, bei der zielgruppenspezifischen AIDS-Prävention von Frauen und der Kältehilfe für obdachlose Mädchen und Frauen wird empfindlich gekürzt. Die Mittel für queerpolitische Maßnahmen werden zudem um 1,12 Millionen Euro gekürzt. Betroffen ist auch die gerade erst eingeführte Förderung ehrenamtlich organisierter Christopher Street Day-Veranstaltungen. In Zeiten steigender Queerfeindlichkeit ein Unding.

Auch auf Dortmund haben die Kürzungen konkrete Auswirkungen. So muss die Technologieberatungsstelle NRW (TBS) mit Hauptsitz in Dortmund auf fast die Hälfte ihres Zuschusses verzichten. Das wird die Qualifizierung und Beratung von Betriebs- und Personalräten nachhaltig verschlechtern. Auch das Büro der Special Olympics NRW, das ebenfalls seinen Sitz in Dortmund hat, ist von Kürzungen betroffen.

Ach ja, es gibt auch Erhöhungen von Haushaltsmitteln. So erhält die Landwirtschaftskammer 6,4 Millionen Euro mehr, nachdem es bereits im letzten Jahr eine ordentliche Erhöhung von 11,7 Millionen Euro gab. Die schwarz-grüne Landesregierung setzt Prioritäten...

Information „Auswirkungen der Haushaltsplanung 2025 auf die Arbeit der Freien Wohlfahrts-
pflege in NRW“: rb.gy/3bs87p

Pflege in der Not – Einladung zur Diskussionsveranstaltung

Der demografische Wandel stellt uns alle vor neue Herausforderungen, insbesondere im Bereich der Pflege. Immer mehr Menschen benötigen Unterstützung im Alltag. Doch viele Pflegekräfte hängen ihren Beruf an den Nagel, weil sie den Druck nicht mehr aushalten: Überstunden, Bürokratie, zu wenig Personal. Keine Zeit für Patient*innen. Das ist die bittere Realität.

30 Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung steckt die Pflege in einer tiefen Krise. Das hat auch Auswirkungen auf die Pflegesituation im Stadtbezirk Hombruch. Um den Herausforderungen gerecht zu werden, müssen wir gemeinsam aktiv werden und die Zukunft der Pflege mitgestalten. Die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Hombruch und ich laden deshalb am **6. November 2024 um 17.30 Uhr zu einer Diskussionsveranstaltung in die AWO-Begegnungsstätte Hombruch, Tetschener Str. 2-4, 44225 Dortmund** ein, darüber zu diskutieren, was jetzt getan werden muss.



Anschlag in Solingen: Ein Land in Trauer und auf der Suche nach Verantwortung

Am Abend des 23. August 2024 wurden in Solingen elf Menschen Opfer eines islamistischen Anschlags. Am ersten Tag des Stadtfestes „Festival der Vielfalt“ zum 650-Jahre-Jubiläum der Stadt Solingen tötete ein 26-jähriger Syrer drei Menschen und verletzte acht weitere mit einem Messer. Eine unfassbare und unentschuld bare Tat. Diese abscheuliche Tat hat auch den Landtag in Trauer versetzt. In einer bewegenden Sondersitzung gedachten wir der Opfer und sprachen den Angehörigen und den Menschen in Solingen unsere Solidarität aus.

Kurz danach startete aber auch die politische Aufarbeitung des Geschehenen. Das Schlimme ist: Der Attentäter hätte eigentlich gar nicht mehr in Deutschland sein dürfen. Bereits im 5. Juni 2023 hätte er nach Bulgarien abgeschoben werden sollen. Doch als die Behörden versuchten, ihn abzuschieben, war er nicht mehr aufzufinden. Weitere Bemühungen des Täters habhaft zu werden, verliefen im Dickicht der unterschiedlichsten Zuständigkeiten.



Und hier zeigt sich das Versagen des Landes im Umgang mit Gefährder*innen: Es fehlt an klaren und transparenten Verfahren und Verantwortlichkeiten. Es ist vor allem ein politisches Versagen, dass ein abschiebepflichtiger Mensch sich den Behörden so einfach entziehen und seine schreckliche Tat durchführen konnte.

Doch Ministerpräsident Hendrik Wüst, sein Innenminister Herbert Reul und seine grüne Integrationsministerin Josefine Paul entziehen sich jeder Verantwortung. Stattdessen wird jetzt mit einem sogenannten Sicherheitspaket Handlungsfähigkeit simuliert, ohne wirklich zu handeln: Es beinhaltet entweder Selbstverständlichkeiten, wie einen besseren Datenaustausch zwischen Ausländerbehörden und Strafverfolgungsbehörden oder aber Forderungen an den Bund. Zugleich werden beim Haushaltsentwurf für 2025 beim Thema Sicherheit Mittel eingespart, z.B. beim Verfassungsschutz und wichtigen Präventionsprogrammen gegen Radikalisierung und Jugendkriminalität. Man macht es sich also schön einfach, statt die lange bestehenden Probleme vor der eigenen Haustür endlich anzugehen.

Das Versagen der Behörden soll auch im Rahmen eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) im Landtag untersucht werden. CDU und Grüne signalisierten bereits kurz nach dem Anschlag, dass sie einem solchen PUA zustimmen würden. Hinter den Kulissen erleben wir aber momentan, dass dessen Einsetzung von den Regierungsfractionen hinausgezögert wird.

Das Versagen der Behörden soll auch im Rahmen eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) im Landtag untersucht werden. CDU und Grüne signalisierten bereits kurz nach dem Anschlag, dass sie einem solchen PUA zustimmen würden. Hinter den Kulissen erleben wir aber momentan, dass dessen Einsetzung von den Regierungsfractionen hinausgezögert wird.

Entschließungsantrag „Schreckliche Tat von Solingen offenbart Organisationsversagen und Vollzugsdefizite in Nordrhein-Westfalen“: rb.gy/rcej8k

Kita, Schule und Co: Unsere Offensive für Chancengerechtigkeit

Kitastrophe, Bildungskrise und Versagen beim Ausbau des offenen Ganztags. Diese Bilanz der schwarz-grünen Landesregierung wollten wir nicht einfach so stehen lassen. Die SPD-Landtagsfraktion NRW hat deshalb die Teamwochen Chancengerechtigkeit ins Leben gerufen. Drei Monate haben wir jede Gelegenheit genutzt, um auf Missstände und Unterfinanzierung der Kitas, Schulen und des offenen Ganztags hinzuweisen und unsere Ideen eines modernen, Chancen

ES GIBT NICHT GENUG PLÄTZE FÜR ALLE.

Leider gibt es Probleme beim Start!

AUF DIE KITAPLÄTZE, FERTIG, LOS!

FACTS

- > In NRW fehlen mehr als 90.000 U3-Plätze.
- > In diesem Jahr kommen nur 466 dazu.
- > Das ist absoluter Negativ-Rekord.

SPD NRW Die Fraktion

FACTS

- > Die Versorgungsquote hat mit 89,7 % einen Tiefstand erreicht.
- > Jedes 10. Kind unter 6 Jahren bekommt keine frühkindliche Bildung.
- > Im Frühjahr mussten mehr als 3.000 Einrichtungen zeitweise die Betreuung zurückfahren.

AUCH IM Ü3-BEREICH WERDEN DIE PLÄTZE KNAPPER.

Was dringend besser werden muss:

- > Wir brauchen mehr Fachkräfte für unsere Kleinsten: mit besser finanzierter Ausbildung und mehr Ausbildungsplätzen für Erzieher*innen.
- > Das Land muss mehr Geld für Kitas und Beschäftigte bereitstellen.
- > Kitas brauchen ein Rettungspaket, um Schließungen zu vermeiden: Wir fordern 500 Mio. Euro für Trägerorganisationen.
- > Kita-Gebühren für Eltern müssen der Vergangenheit angehören.

SPD NRW Die Fraktion

schaffenden Schulsystems aufzuzeigen. Meine Abgeordnetenkolleg*innen und ich waren auf dem NRW-Tag in Köln, mit einer Bildungskirmes auf der Landtagswiese und mit zahlreichen Aktionstagen in ganz Nordrhein-Westfalen präsent.

In Kitas und Tagespflege fehlen mehr als 110.000 Plätze in Nordrhein-Westfalen, 90.000 allein in der U3-Betreuung. Doch neue Plätze gibt es kaum noch: Gerade einmal 466 neue Plätze für Kinder unter drei Jahren wurden im Jahr 2024 geschaffen – das ist viel zu wenig und ein neuer Negativrekord.

Doch es fehlt nicht nur an Betreuungsplätzen: Unsere Kitas sind dramatisch unterfinanziert und nicht selten von Insolvenz bedroht. Doch die schwarz-grüne Landesregierung weigert sich die Tarifkostensteigerungen in Höhe von 500 Millionen Euro auszugleichen. Außerdem fehlen in NRW bis 2030 bis zu 20.000 Kita-Fachkräfte. Schon im Frühjahr 2024 mussten deshalb mehr als 3.000 Kitas ihre Angebote einschränken oder komplett schließen. Leidtragende sind Mitarbeitende, Eltern und Kinder, die auf einen erreichbaren Kita-Platz, verlässliche Öffnungszeiten und gute Arbeits- und Lernbedingungen in der frühkindlichen Bildung angewiesen sind.

Auch in Dortmund haben wir Flagge gezeigt und über Auswege aus der Bildungs- und Kitastrophe in Nordrhein-Westfalen informiert und diskutiert. Den Auftakt machte am 7. September unser Aktionstag „Chancengerechtigkeit“ in der Katharinenstraße in der Dortmunder City: Was bedeutet Chancengerechtigkeit? Woran scheitert Sie? Und was ist zu tun für ein chancengerechtes NRW? Zu diesen und vielen weiteren Fragen standen meine Dortmunder Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Volkan Baran, Ralf Stoltze und ich allen Interessierten Rede und Antwort. Weiter ging es am 22. September mit unserem Infostand am Phoenix-See, bei dem mich der SPD-Stadtbezirk Hörde unterstützte.



Wir haben viele Anliegen und Probleme mitgenommen, denn eines ist klar: Nicht nur ich sehe, dass es um gerechte Chancen für alle in diesem Land immer schlechter steht. Wie schlecht, das wissen mittlerweile wohl alle Eltern aus eigener Erfahrung: Kita-Gruppen entfallen ganze Tage, weil Personal fehlt und überhaupt einen passenden Platz für das eigene Kind zu finden, ist mittlerweile ein regelrechter Spießrutenlauf. Und was den Ausbau der offenen Ganztagschule angeht, ich weiß gar nicht, wo ich da anfangen soll. Ein guter Anfang wäre sicherlich erstmal eine ordentliche Rechtsgrundlage für die Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule zu schaffen. Aber die Landesregierung weigert sich entgegen aller Versprechen weiter beharrlich, hier Planungssicherheit und entsprechende finanzielle Verbindlichkeit zu schaffen.

Um die Wege aus der „Kitastrophe“ ging es dann schließlich auch zum Abschluss unserer Aktionswochen in einer Diskussionsveranstaltung am 25. September im Dietrich-Keuning-Haus. Zusammen mit unseren Abgeordnetenkolleg*innen Andrea Busche, Mitglied in der Enquete-Kommission "Chancengleichheit in der Bildung" und Wolfgang Jörg, Vorsitzender des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend haben Nadja Lüders und ich die Kita-Krise nochmal vertiefend

aufgegriffen und mit den anwesenden Gästen von Trägern, Mitarbeiter*innen und Eltern diskutiert: über die Finanzierung der Kitas, über die Bekämpfung des Fachkräftemangels, über die Verantwortung von Arbeitgebern, über hohe Krankenstände. Und die Betroffenen sind es leid: seit vielen Jahren hören sie Versprechungen, dass alles besser wird. In der Realität geht es seit Jahren allerdings bergab.



Infolyer „Raus aus der Kitastrophe / Keine halben Sachen beim Ganzttag“:
anjabutschkau.de/flyer-kita-ogs

Stillstand in der nordrhein-westfälischen Inklusionspolitik

Vor gut fünf Monaten hatten wir eine Große Anfrage an die Landesregierung gestellt, weil wir wissen wollten, wie es um die Inklusion und die Inklusionsangebote in Nordrhein-Westfalen bestellt ist. Und woran es den gut 2,3 Millionen Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen mangelt.

Jetzt haben wir endlich Antwort auf unsere 205 Fragen zu Themen wie Gewalt gegen Menschen mit Behinderung, Arbeitsmarktintegration, Gesundheitsversorgung und Inklusion in Kitas und Schulen. Leider sind die Antworten der Landesregierung weitgehend ambitionslos und angesichts der drastischen Haushaltskürzungen im Bereich der Inklusion ein Offenbarungseid.

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung an Arbeit und Wohlstand kommt in Nordrhein-Westfalen kaum voran. Die Inklusion in der Schule scheitert an zu geringer Ausstattung der Schulen und grassierendem Personalmangel. Und obwohl im Jahr 2023 rund 1.100 Menschen mit Behinderung Opfer einer Gewaltstraftat wurden, fehlt es überall an spezialisierten Schutz- und Beratungsangeboten gegen Gewalt und Diskriminierung, gerade für Frauen und Mädchen.

Der größte Teil der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen sind nicht ausreichend auf die Bedarfe von Menschen mit Behinderung ausgerichtet. So hat gerade einmal jedes fünfte der 70 landesgeförderten Frauenhäuser einen barrierefreien Zugang für mobilitätseingeschränkte Personen. Auch 18 Monate nach ihrer Gründung hat die Fach- und Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Gleichstellungsministerium immer noch keine Erkenntnisse über den Weiterentwicklungsbedarf in der Frauenhilfeinfrastruktur oder einen Entwurf für einen Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention geliefert.

Die Erfolge in der Inklusionspolitik der schwarz-grünen Landesregierung sind also schon äußerst schmal. All die Absichtserklärungen in den Antworten der Landesregierung erweisen sich erst

vor dem Hintergrund der geplanten Kürzungen im Landeshaushalt als das, was sie sind: Reine Lippenbekenntnisse!

Allein im Ressort des Sozialministeriums von Karl-Josef Laumann (CDU) kürzt die Landesregierung im Kapitel Inklusion 5,3 Millionen Euro ein. Das entspricht einem Minus von 21,1 Prozent der Mittel für die Inklusion. Darunter streicht sie auch 2,2 Millionen Euro für die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderung.

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 26 „Lebenssituation von Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen“: rb.gy/zdnc9n

Kein Platz im Frauenhaus – Kleine Anfrage zeigt, wie dramatisch die Auslastung der Frauenhäuser ist

Immer wieder hören wir von den Trägern der Frauenhäuser, dass es zu wenige Plätze gebe. Oft müssten Opfer häuslicher Gewalt, die einen Schutzplatz in einem Frauenhaus suchen, abgewiesen werden. Die Folge: entweder erleben sie eine Odyssee durch ganz Nordrhein-Westfalen bis sie einen freien Platz finden oder sie müssen zurück nach Hause, wo der nächste Gewaltausbruch vorprogrammiert ist.

Deshalb wollte ich wissen, wie oft eigentlich Frauen von Frauenhäusern abgewiesen werden mussten. Doch leider zeigte sich die Landesregierung bei der Beantwortung meiner Frage sehr auskunftsunfreundlich. In der Beantwortung meiner ersten Kleinen Anfrage konnte sie mir keine Angaben über den abgefragten Zeitraum machen, weil die Daten hierfür noch nicht vorlägen. In der Antwort auf eine zweite Kleine Anfrage verweigerte sie eine Auskunft, weil man nicht auseinanderhalten könne, ob einzelne Frauen in mehreren Frauenhäusern vorstellig wurden. Dabei hatte ich nicht nach der Zahl der abgewiesenen Frauen gefragt, sondern nach der Zahl der Abweisungen, unabhängig von der Zahl der hilfeschenden Frauen.

SPD NRW
Die Fraktion

Frauenhäuser müssen viele Opfer abweisen
Die Zahl der Fälle häuslicher Gewalt steigt auch in NRW. Trotzdem gab es 2023 in mehr als 7200 Fällen keinen Platz für Schutzsuchende.
Rheinische Post, 25.09.2024

**WIR BRAUCHEN
ENDLICH EIN
GEWALTHILFEGESETZ**

- » Auf 2.183 Frauen, die in 2023 in NRW in einem Frauenhaus aufgenommen wurden, kamen 7.234 Abweisungen.
- » Jeder fehlende Frauenhausplatz bedeutet, dass Frauen, die von ihren Lebensgefährten geschlagen werden, weiter dieser Gewalt ausgesetzt sind.
- » Wir brauchen endlich einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für jedes Opfer häuslicher Gewalt.
- » Das Land NRW muss mehr Frauenhäuser schaffen!

Dennoch blieb ich hartnäckig. Zu Recht, wie sich bei der Beantwortung der dritten Kleinen Anfrage erwies. Auf eine Aufnahme in einem Frauenhaus kommen drei Abweisungen, weil kein Platz ist. Im Jahr 2023 fanden 2.183 Frauen einen Platz in einem Frauenhaus. Dagegen musste in 7.234 Fällen eine hilfeschende Frau abgewiesen werden. Eine Zahl, die mich schockiert hat und

mich in meinem Engagement für einen Ausbau der Frauenhilfeinfrastruktur bestärkt. Denn jeder fehlende Frauenhausplatz bedeutet, dass Frauen, die von ihren Lebensgefährten geschlagen werden, weiter dieser Gewalt ausgesetzt sind.

Bundesfamilienministerin Lisa Paus und Landesgleichstellungsministerin Josefine Paul müssen endlich die Rahmenbedingungen für mehr Schutzplätze schaffen. Wir brauchen auf Bundesebene endlich den im Koalitionsvertrag vereinbarten Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für jedes Opfer häuslicher Gewalt. Das Gewaltschutzgesetz muss endlich kommen! Aber auch das Land muss seine Aktivitäten zum Ausbau der Frauenhäuser deutlich intensivieren. Im aktuellen Haushaltsentwurf für das nächste Jahr ist davon allerdings nichts zu sehen.

Antwort auf die Kleine Anfrage „Landesregierung verweigert Auskunft über Auslastung der Frauenhäuser“: rb.gy/pgl8r6

Aufklärung statt Tabuisierung – Für mehr Lebensqualität in den Wechseljahren

Zwei Drittel der Frauen in den Wechseljahren haben regelmäßige Beschwerden, wie körperliche und geistige Erschöpfung, Schlafstörungen und Reizbarkeit, aber auch depressive Verstimmungen, Wallungen, Schwitzen und Sexualprobleme. Ein Drittel leidet unter diesen Beschwerden sogar sehr stark. Das hat Folgen auf die Lebensqualität und das Arbeitsleben.

Statt offen über die Wechseljahre zu sprechen, erleben wir in Gesellschaft und Beruf jedoch eine Tabuisierung. Wechseljahresbeschwerden sind ein individuelles Problem, mit dem die Betroffenen selbst klarkommen müssen.

Dabei könnte einiges getan werden. Viele Frauen beklagen, dass sie bei dem Thema keine Unterstützung durch ihre Arbeitgeber erfahren. Die Folge: Arbeitsausfälle, die am Ende auch Geld kosten.

Deshalb haben wir das Thema Wechseljahre in den Landtag gebracht. Wir wollen den Wissensstand über die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Wechseljahre ermitteln und präventive Maßnahmen entwickeln. Arbeitgeber sollen mehr für die Bedürfnisse ihrer Mitarbeiterinnen in den Wechseljahren sensibilisiert und angeregt werden, für flexiblere Arbeitsbedingungen zu sorgen.



Antrag „Aufklärung statt Tabuisierung – Für mehr Lebensqualität in den Wechseljahren“:

rb.gy/xlhZ0a

Video meiner Plenarrede: youtu.be/6yxxyVuNcls

Frauen- und demokratiefeindliche Trends ernst nehmen, Frauen- und Mädchenhass im Netz bekämpfen

Krasse Anfeindungen, Hass und übelster Sexismus. Das erleben viele Mädchen und Frauen jeden Tag in den sozialen Medien - gerade dann, wenn sie ihre eigene Meinung vertreten. Es hat sich

dort geradezu eine eigene Frauenhassszene etabliert, die Hass sät, Frauen zu Sexobjekten degradiert und antiquierte Rollenbilder verbreitet. Mädchen und Frauen sollen mundtot gemacht werden.

Es erstaunt nicht, dass sich diese Szene mit anderen demokratiefeindlichen, gewaltbereiten und verschwörungstheoretischen Subkulturen und Milieus, z.B. im rechtsextremen oder islamistischen Umfeld, vermischt. Deshalb wollen wir Frauen- und Mädchenhass im Netz bekämpfen. Einen Antrag, den wir bereits Anfang des Jahres eingebracht hatten, kam nach der Ausschussberatung nun zurück ins Plenum. Leider fand er bei der schwarz-grünen Koalition keine Unterstützung!

Antrag „‘Incels, Alpha-Males & Pick-UpArtists‘ – Frauen- und demokratiefeindliche Trends ernst nehmen, Frauen- und Mädchenhass im Netz bekämpfen.“: rb.gy/p4ckp5
Video meiner Plenarrede: youtu.be/UbqjCBb9G3s

ThyssenKrupp auf dem Opfertisch des Kapitalismus - Ministerpräsident Wüst schaut teilnahmslos zu

Bislang stand der Name ThyssenKrupp nicht nur für qualitativ hochwertigen Stahl, sondern auch für ein Unternehmen, dessen Logo die Beschäftigten mit Stolz auf ihrer Arbeitskleidung getragen haben. Es war der Inbegriff der Mitbestimmung und der Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Die Eskalation, die der Vorstandsvorsitzende Miguel López jedoch in den letzten Wochen im Konzern entfacht hat, ist einfach nur eine Schande. López will die Stahlproduktion von 11 auf 5,7 Millionen Tonnen Stahl reduzieren, die Belegschaft halbieren und mehrere Standorte schließen. Über 10.000 Menschen könnten ihren Job verlieren - in Duisburg, Bochum, Gelsenkirchen, Hagen, Finnentrop und auch bei uns in Dortmund. Und das, obwohl der Vorstand der Stahlsparte ThyssenKrupp Steel Wege aufgezeigt hat, wie sein Bereich wieder in eine profitable Zukunft geführt werden könnte.

Aber scheinbar bringt das Miguel López nicht genügend Profit ein. Es geht ihm nur noch darum, einseitig Kapitalinteressen durchzusetzen. Das ist Klassenkampf von oben. Wir haben in Deutschland und gerade im Ruhrgebiet eine andere Tradition: Hart in der Sache, aber immer den Ausgleich im Blick. Das historisch gewachsene Miteinander bei ThyssenKrupp wurde mit der bewusst und einseitig herbeigeführten Eskalation durch Miguel López aufgekündigt.

Mit dem De-facto-Rauswurf des Stahlvorstandes löst er kein einziges Problem. Im Gegenteil. Er hat damit jedwedes Vertrauen der Politik, der Belegschaft und in die Mitbestimmung zerstört. Seine kalkulierte Attacke gegen die Arbeitnehmerseite verschärft die Krise des Unternehmens dramatisch.



Für uns bleibt als Industrieland grüner Stahl bei ThyssenKrupp Steel der Weg in die Zukunft. Doch mit den Entscheidungen des ThyssenKrupp-Vorstands ist dieser Weg gefährdet. Geplant waren Investitionen in Höhe von rund 3 Milliarden Euro in eine wasserstoffbetriebene Direktreduktionsanlage. Allein das Land fördert davon 700 Millionen Euro. Doch nun soll das Leuchtturmprojekt 300 bis 400 Millionen Euro teurer werden. Eine weitere Hiobsbotschaft, nachdem die Unruhe um den Stahlstandort Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Wochen schon für große Verunsicherung der Beschäftigten sorgte. Trägt das Land die Kostensteigerungen bei der Umrüstung der Stahlproduktion mit? Das wollten wir in einer Aktuellen Stunde von der Landesregierung wissen.

Gemeinsam haben wir über die Zukunft des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen und über ThyssenKrupp gesprochen. Offensichtlich ist: Die Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen ist nur noch ein lahmer Gaul. Die Landesregierung hat auf dem Stahlgipfel im September abermals gezeigt, dass von ihr keine zukunftsweisende Initiative zu erwarten ist.

Diese Teilnahmslosigkeit der Landesregierung belastet vor allem die 45.000 Beschäftigten in der Stahlindustrie und ihre Familien. Es geht um ihre Zukunft. Es geht um die Zukunft des Stahlstandorts Nordrhein-Westfalen und um die wirtschaftliche Stärke unseres Landes. Dafür muss investiert werden: Wir brauchen eine Landesbeteiligung bei ThyssenKrupp – und das auch im Aufsichtsrat, um aktiv in die Zukunft dieses Unternehmens eingebunden zu sein.

Auch in Dortmund sind kurz nach López' Ankündigungen Kolleg*innen auf die Straße gegangen, um für die Zukunft ihrer Hütte zu kämpfen. In einer Demo ging es von Tor 1 der Westfalahütte zum Borsigplatz und zurück. Auch die SPD Dortmund war mit einer großen Delegation vor Ort, um den Kolleg*innen ihre Solidarität und ihre Verärgerung auszudrücken. Zusammen mit Euch kämpfen wir dafür, dass die López-Pläne im Mülleimer landen!

Antrag auf Aktuelle Stunde in der September-Plenarwoche: rb.gy/mkekms

Antrag „Stahl ist Zukunft. Und die gehört zu NRW!“: rb.gy/xi2ydk

Besetzung der OVG-Präsidentschaft: Justizminister Limbach immer mehr unter Druck

Hat Justizminister Benjamin Limbach (Grüne) auf die Besetzung der Präsidentschaft des nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts in Münster Einfluss genommen, um seiner Duz-Freundin Katharina Jestaedt dieses wichtige Amt zu verschaffen? Dieser Frage gehen wir im parlamentarischen Untersuchungsausschuss IV „OVG-Besetzung“ nach.

Und die Ungereimtheiten und Unsauberkeiten häufen sich: In der Zeugenbefragung des Untersuchungsausschusses vom 1. Oktober verwies der Leiter der Personalabteilung im Innenministerium auf die Frage, wie denn nun die positive Beurteilung der persönlichen Favoritin des Justizministers zustande kam, immer wieder auf die Staatssekretärin Daniela Lesmeister. Sie habe angewiesen, die Beurteilung der im Innenministerium angestellten Jestaedt mit Bestnoten durchzuführen. Dabei war Daniela Lesmeister zu diesem Zeitpunkt selbst erst kurze Zeit im Amt und konnte die Leistungen von Katharina Jestaedt noch gar nicht richtig beurteilen.

Damit aber nicht genug: Nur einen Tag nach der Zeugenvernehmung im Ausschuss kam heraus, dass das Justizministerium Limbachs Favoritin wiederum skeptisch sah und ihre beiden Mitbewerber für qualifizierter hielt. Umso mehr stellt sich also die Frage: Warum hat Justizminister Limbach gegen die Empfehlung seines eigenen Ministeriums Katharina Jestaedt vorgeschlagen? Und wie kamen die Bestnoten aus dem Innenministerium für Jestaedt zustande? Wir bleiben dran!

Aktionstag in Hombruch: Wohnen muss für alle bezahlbar sein

Bezahlbares Wohnen betrifft uns alle. Die Städte wachsen immer weiter und bezahlbarer Wohnraum fehlt an allen Ecken und Enden - in NRW allein 51.000 Wohnungen pro Jahr. Aber auch beim Mieterschutz gibt es einiges zu tun. Der von Rot-Grün eingeführte weitergehende Mieterschutz wurde in der letzten Legislaturperiode eingestampft – er gilt in gerade nur noch 18 Kommunen mit einem angespannten Wohnungsmarkt. Nach Definition der Landesregierung gibt es in Dortmund keinen solchen angespannten Wohnungsmarkt. Für viele Menschen, die in den letzten Jahren eine bezahlbare Wohnung gesucht haben, klingt das wie Hohn und Spott.

All diese Themen haben wir im Rahmen eines Aktionstags „Besser wohnen in Dortmund“ in Hombruch thematisiert. Am Rande des Wochenmarkts informierten wir in der Fußgängerzone Harkortstraße über die wohnungsbaupolitischen Ziele der SPD. Im Mittelpunkt stand ein Talk mit unserem Fraktionsvorsitzenden im Landtag Jochen Ott, Bürgermeister Norbert Schilff, dem Geschäftsführer des Mietervereins Dortmund Dr. Tobias Scholz und dem geschäftsführenden Vorstand der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Lütgendortmund Ingo Müller. Die Herner Showtanzgruppe sorgte vor und nach dem Talk für die Aufmerksamkeit der Hombrucher*innen.

Flugblatt „In NRW fehlen jährlich bis zu 51.000 bezahlbare Wohnungen“:
anjabutschkau.de/flyer-wohnen



ZUE im Indupark: Gutes Beispiel für eine humane und störungsfreie Unterbringung von Flüchtlingen

Seit Anfang des Jahres ist die Zentrale Unterbringungseinrichtung für Geflüchtete des Landes Nordrhein-Westfalen (ZUE) im Dortmunder Indupark im Betrieb. Für mich war es deshalb an der Zeit, als örtliche Landtagsabgeordnete die Einrichtung zu besuchen, um mir ein Bild vom Einrichtungsbetrieb zu machen und mich mit den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen und Helfer*innen auszutauschen.

Und ich habe ein völlig anderes Bild wahrgenommen, als es rechte Kräfte vor einem Jahr in den Bürgerversammlungen versucht hatten, aufzuzeichnen. Ich habe gesehen, dass die ZUE Oespel ein gutes Beispiel ist, wie die Unterbringung von Geflüchteten human und störungsfrei funktioniert. Das Erfolgsrezept: eine offene Kommunikation mit den Menschen im Stadtteil, die Einbindung und Vernetzung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer und der Umstand, dass sich die



Einrichtung in einem ehemaligen Tagungshotel befindet. Kein Luxushotel, wie es vor allem von der AfD kolportiert wurde, sondern ein Ort, an dem es ausreichend Platz für Gemeinschaftsräume gibt und die Privatsphäre der Bewohner*innen größer ist als in einer Behelfsunterkunft, in der die Zimmer lediglich durch Raumtrenner abgeteilt werden. Und das ist mit ein Grund, wieso es hier bis heute keine Zwischenfälle gab.

Rede und Antwort standen mir Verantwortliche und Mitarbeiter*innen der Bezirksregierung Arnsberg, Mitarbeiter*innen des Deutschen Roten Kreuzes, das die Einrichtung im Auftrag des Landes betreibt und mehrere Ehrenamtler*innen des Dialogforums Lütgendortmund, die vor Ort Freizeitangebote und Sprachkurse anbieten.

Bereits zu Beginn des Jahres setzte ich mich mit den Genoss*innen vor Ort dafür ein, dass die Flüchtlingsunterkunft ohne Vorurteile in Oespel an den Start gehen konnte. Wir organisierten mit den örtlichen Vereinen und Kirchen eine Mahnwache, auf der wir für ein Herz und Solidarität mit Geflüchteten forderten. Im gesamten Stadtteil verteilten wir Flugblätter, die sachlich über die Unterbringung von Geflüchteten informierten und die Vorurteile, die von rechten Kräften verbreitet wurden, widerlegten. Und was soll ich sagen? Die Schwarzmalerei der konnte sich nicht durchsetzen.

Mehr Zuverlässigkeit auf der S-Bahnlinie 5

Es gibt Neuigkeiten für Fahrgäste der Linie S5, die von Hagen, mitten durch den Stadtbezirk Hombruch nach Dortmund führt. Die SPD Hombruch hatte sich erfolgreich für die Verlegung des Bahnhofs Barop von der Harkortstraße an die Stockumer Straße eingesetzt. Somit wird zukünftig der Umstieg an der Haltestelle Barop Parkhaus zwischen S-Bahn, Stadtbahn und die zahlreichen Buslinien ermöglicht. Bei einem Gespräch mit dem Bevollmächtigten der Deutschen Bahn für das Land Nordrhein-Westfalen Werner Lübberink erfuhr ich nun, dass die Planung in Kürze abgeschlossen werden und die Planungsunterlagen beim Eisenbahn-Bundesamt als zuständige Planungs- und Genehmigungsbehörde eingereicht werden. Der Neubau der Haltestelle rückt somit immer näher.

Das Gespräch mit Werner Lübberink nutzte ich auch, auf die Unzuverlässigkeit auf der Linie S5 hinzuweisen. Zum Leidwesen vieler Pendler*innen fielen in den Sommermonaten viele Züge aus. Der Grund hierfür seien laut Lübberink eine Mischung aus hohen Krankenständen, die Urlaubszeit und der Fachkräftemangel bei der Bahn. Insbesondere seit der kurzfristigen Übernahme mehrerer Regional- und S-Bahnlinien nach der Pleite von Abellio sei das Personal knapp. Deshalb bilde man zurzeit weitaus mehr Lokführerpersonal aus als zuvor. Kurz nach unserem Gespräch endete ein Jahrgang seine Ausbildung, so dass es weitere Entspannung bei der Personallage geben würde, womit auch die hohe Zahl der Zugausfälle reduziert werden würde.

Ich finde: Die S5 ist gerade für die Stadtteile Persebeck und Kruckel die wichtigste Anbindung an die Innenstadt und den Stadtbezirk Hombruch. Pendler*innen sind auf eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Deshalb war es mir wichtig, die Beschwerden über die Zugausfälle, die an mich herangetragen wurden, an oberste Ebene zu transportieren. Ich denke, dass wir auf der S5 auf einem guten Weg sind und die Linie in Zukunft an Attraktivität gewinnen wird, erst recht, wenn der neue Bahnhof Barop steht.



Lies mich! ♥

Liest Du auch so gerne wie ich? Dann habe ich einen Tipp für Dich. In vielen Stadtteilen in meinem Wahlkreis gibt es öffentliche Bücherschränke. Dort kann man sich gebrauchte Bücher rausnehmen, um sie selbst zu lesen und ausgelesene Bücher reinstellen, damit auch andere in den Genuss einer spannenden Lektüre kommen.

Wenn Du aktuell einen solchen Bücherschrank besuchst, hast Du vielleicht das große Glück, ein Buch zu finden, in dem ein rotes Lesezeichen mit der Aufschrift „Lies mich! ♥“ steckt. Das ist meine persönliche Leseempfehlung für Dich. Wenn Du ein solches Buch entdeckst, dann mach doch mal ein Foto und schick es mir zu. Das erscheint dann in der nächsten Ausgabe dieses Newsletters.



Vereinstour: Wir wollen das engagierte Ehrenamt in den Sportvereinen unterstützen

Bereits vor den Sommerferien startete meine diesjährige Vereinstour durch die Sportvereine in meinem Wahlkreis. In den letzten Wochen setzte ich sie fort und konzentrierte mich zunächst auf die Vereine im Stadtbezirk Lütgendortmund. Die Tour führte mich zum KSV Jahn Marten, Urania Lütgendortmund, Westfalia Somborn, die DLRG Lütgendortmund und Arminia Marten. Außerdem besuchte ich die Festgala zum 50-jährigen Jubiläums der SG Lütgendortmund. Über den Auftakt der Vereinstour beim SuS Oespel Kley und der DJK Oespel-Kley hatte ich bereits in der letzten Ausgabe berichtet.

Auf der Tour bin ich sehr vielen engagierten Menschen begegnet, die ehrenamtlich dafür sorgen, dass ihre Vereine am Laufen gehalten werden, damit Kinder, Jugendliche und Erwachsene die Möglichkeit haben, Sport zu treiben und Gemeinschaft zu leben. Sportvereine sind damit eine wichtige Institution für das Zusammenleben und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Deshalb ist es wichtig, auch in Zeiten knapper Kassen, die Sportvereine organisatorisch zu unterstützen und zu entlasten und ihnen eine funktionierende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Ich habe bei den Besuchen einige Hinweise mitgenommen, wie wir unser Vereinswesen auf Bundes- und Landesebene verbessern können, aber auch mehrere Baustellen auf den Sportanlagen, die wir gemeinsam mit den Rats- und Bezirksvertreter*innen vor Ort, die mich immer zu den Terminen begleiteten, angehen wollen.



Jugendliche mit einer starken Meinung – „Youth Creates“ besuchte mich im Landtag

Vor Kurzem lernte ich ein sehr spannendes Projekt der Auslandsgesellschaft kennen. Das Projekt „Youth Creates“ besteht aus einer Gruppe von ca. 30 Jugendlichen im Alter von 13 bis 20 Jahren. Sie kommen aus Dortmund und Umgebung und sie verbindet das Interesse an politischen Themen und interkulturellem Austausch. Gemeinsam nehmen sie in regelmäßigen Abständen an Veranstaltungen teil, organisieren eigene Aktionen, unternehmen Ausflüge oder treffen sich, um gemeinsam Zeit zu verbringen.

Im September besuchten sie mich im Landtag. Ich erlebte sehr gut informierte und diskussionsfreudige junge Menschen. Mich interessierte zunächst eins: Warum haben so viele junge Menschen zuletzt die AfD gewählt und wie können wir sie für die Demokratie zurückgewinnen?



Die Antworten waren deutlich: Die Jugendlichen vermissten, dass Politik und gerade die politische Diskussion über aktuelle Themen in der Schule kaum noch eine Rolle spielten und oft nicht interessant genug aufbereitet seien. Das soziale Medium TikTok sei für viele die einzige Informationsquelle über politische und gesellschaftliche Geschehnisse. Dort konsumierten sie Fake News und extremistische Inhalte. Aber auch die Politikverdrossenheit der Eltern befördere ein antidemokratisches Weltbild unter jungen Menschen. Man müsse viel öfter Begegnungen zwischen Ju-

gendlichen aus unterschiedlichen Ländern schaffen und den Austausch unter ihnen befördern, um ein weltoffenes Weltbild zu stärken. Gerade unter Corona hätten viele junge Menschen diese Perspektive verloren.

Nach einer kurzen Stunde Diskussion blieben noch viele Fragen offen. Deshalb bot ich den Teilnehmer*innen von Youth Creates an, sie demnächst bei einem Gegenbesuch in Dortmund zu treffen. Dieses großartige Engagement müssen wir stärken!

Infos zum Projekt Youth Creates:

auslandsgesellschaft.de/youth-creates-die-jugendgruppe-der-auslandsgesellschaft/

Butschkau unterwegs

Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.



1899 kam der Kaiser zur Eröffnung – 2024 die Sozialdemokrat*innen. Herzlichen Glückwunsch, Dortmunder Hafen zum 125.!



100 Jahre jung wurde SPD- und AWO-Mitglied Annemarie Engfer!



Zu Gast im Landtag: Das Kulturhaus Lütgendortmund und die AWO Aplerbeck



Zu Gast im Landtag: Schüler*innen der Marie-Reinders-Realschule



Eröffnung der Bartholomäuskirmes in Lütgendortmund



Politischer Bericht bei den Naturfreunden Brambauer



Sommerempfang des Oberbürgermeisters am Schloss Bodelschwing



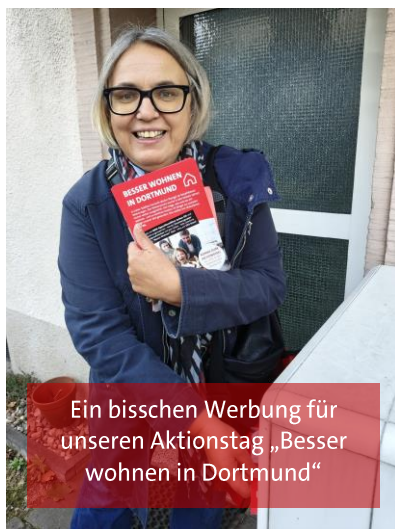
Zu Gast im Landtag: Schüler*innen des Mallinckrodt-Gymnasiums



Zu Gast im Landtag: Schüler*innen des Gymnasiums an der Schweizer Allee



Brauchen wir ein soziales Pflichtjahr? Interview mit Schülerinnen des Politikwettbewerbs der Bundeszentrale für politische Bildung



Ein bisschen Werbung für unseren Aktionstag „Besser wohnen in Dortmund“



Mahnwache „Bring them home now“ an der Reindoldikirche



Viel zu früh starb die ehemalige Leiterin der Dortmunder Mitternachtsmission Jutta Geißler-Hehlke.



Im Rahmen eines Politik-Girls' Day lud die SPD-Landtagsfraktion engagierte Mädchen zwischen 13 und 20 Jahren in den Landtag ein.



In Zeiten steigender Queer-Feindlichkeit gewinnt der Christopher Street Day an Bedeutung. Seit vielen Jahren beteiligen sich SPD und AWO an Demo und Straßenfest.



In Marten wurden die neuen Erstklässler*innen der Friedens- und der Steinhammer-Grundschule begrüßt. Mit dabei: Clown Püppi und viele engagierte Ehrenamtler*innen. Danke für Euer ausgezeichnetes Engagement!



Mit unserer Inklusionsbeauftragten Silvia Gosewinkel begrüßte ich die Pro Retina Selbsthilfegruppe im Landtag.



Gute Stimmung beim Sommerfest der SPD Dortmund.



Auf die Freiwillige Feuerwehr in Holzen ist Verlass.



Mitgliederversammlung der Auslandsgesellschaft.de. Ich freue mich, dass ich erneut in den Vorstand gewählt wurde und einen Beitrag zu mehr Völkerverständigung und interkultureller Begegnung leisten darf. Gast der Versammlung war auch die Staatssekretärin der Staatskanzlei Andrea Milz.



Mit dem Werkstatttrat der AWO Dortmund ging es zur politischen Bildungsfahrt in den Bundestag.



Bezirkskonferenz der AWO Niederrhein: Deutliches Statement zum Thema Schwangerschaftsabbrüche.



Der 7.10.2023 ist auch im Landtag präsent.



Begrüßung unserer Sachverständigen zur Anhörung zu Schwangerschaftsabbrüchen.



Wie stärken wir Gründerinnen? Anhörung mit reichlich Sachverständigen aus Dortmund.



Wenn es um fahrradfreundliche Städte geht, sind sozialdemokratische Bürgermeister gute Ansprechpartner.



Gute Laune am Infostand des Deutschen Roten Kreuzes.

